

Saale-Zeitung.

Dreiwöchentliches Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber dem
Raum mit 30 Pf. wöchentlich und falls mit
20 Pf. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Dr. Ulrichstraße 63, 1. Stock, von
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamations die Stelle 75 Pf. für Halle
und umher 1 Mt.
Erhalten täglich prima.
Sonntags und Montags annul.
Redaktion und Druck-Verlags-
stelle: Halle, Dr. Ulrichstraße 17;
Rezeptionsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Dr. Ulrich-
straße 63, 1. Etage, Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2.50 Mk., durch die Post
2.75 Mk., wöchentlich 20 Pf., wöchentlich
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für auswärtig erscheinende Nummern
und ihre Gewähr übernommen.
Kadbrud mit der Cadellenanlage;
„Saale-Bl.“ gestrichelt.
Schriftführer der Redaktion Nr. 1140;
Dr. Ulrichstraße Nr. 1133 a
Kriegens-Geschäftsstelle: Große Ulrich-
straße 63, 1. Etage, Nr. 590 u. 591

Nr. 160.

Halle a. S., Montag, den 5. April.

1909.

Die Sicherung der Bauforderungen.

(Von unserm tt. Mitarbeiter.)

Im Reichstage wird alsbald nach den Osterferien die Vorlage betreffend die Sicherung der Bauforderungen zur zweiten Lesung kommen. Der vom Zentrumsbund, Dr. Mayer-Kaufmann erstattete umfangreiche Kommissionsbericht ist bereits erstatet. Die Kommission hat versucht, wenigstens einige der schlimmsten Härten des letzten Entwurfs für die von ihm betroffenen Berufsstände zu mildern. Wir befürchten indes nach wie vor, daß eine erhebliche Verkürzung des Bauens, eine gewalttätige Niederbrückung nicht nur ungelinder, spekulativer, was gemäß zu begreifen wäre, sondern auch gesunder, aufwärts strebender wirtschaftlicher Kräfte die Folge sein werden.

Mit der Tendenz des Gesetzes an und für sich sind auch wir vollkommen einverstanden, aber die angewandten Mittel halten wir für durchaus unzureichend. Abhilfe kann nur durch intensive Förderung aller Bestrebungen geschaffen werden, die darauf abzielen, den Bauhandwerkerstand wirtschaftlich zu heben, ihn mit kaufmännischer Geist zu erfüllen und ihn dadurch leistungsfähig und widerstandsfähiger zu machen. Der Gesetzentwurf dagegen ist weiter nichts als ein weiteres Glied in der Reihe gefählicher volkswirtschaftlicher Experimente, durch die man sich bemüht, einem einzelnen Erwerbsstand einen Mißstand dadurch zu nehmen, daß man anderen Erwerbsständen Erschwernisse ihrer beruflichen Tätigkeit auferlegt, ihnen Hindernisse ihres Erwerbs bereitet, denen nicht der mindeste Vorteil für die Gesamtheit gegenübersteht. Im Gegenteil ist in diesem Falle eine schwere Schädigung des Gemeininteresses zu befürchten, denn die Verkürzung der Wohnungsverhältnisse ist eine Frage von eminentester sozialer, politischer, hygienischer und volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Das Gesetz wird unabweislich zur Folge haben, daß das Baugeschäft immer mehr in die Hände der Großunternehmungen überleitet wird. Die das Bargeld hergebenden Hypothekendarlehen werden, wie es ja auch Absicht des Gesetzes ist, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes Zahlungen nur an den Treuhänder vornehmen, für den betreffenden Bauunternehmer ist es aber nach den im geschäftlichen Leben herrschenden Anschauungen ein Ding der Unmöglichkeit, nach außen hin erkennbar werden zu lassen, daß Gelder nicht an ihn, sondern zur Vermeidung von anderweitiger Verwendung direkt an einen Lieferanten ausgehändigt werden. Jeder, der dazu in der Lage ist, wird bestrebt sein, durch Hinterlegung des vierten Teils der vorausgeschickten Bauforderungen die Eintragung des Bauvermerks zu vermeiden. Diese Umstände sichern den großkapitalistischen Unternehmungen erhebliche Vorteile, die private Bauunternehmer werden fast ganz in den Hintergrund gedrängt werden.

Wenn auch dem unsoliden Bauunternehmer das Handwerk gelegt werden soll, so übersteht doch der Gesetzentwurf, daß mit den in Frage stehenden Maßnahmen auch derjenige Teil der Großerwerbtreibenden getroffen wird, der nicht über ein großes Kapital verfügt, aber doch zu den soliden Elementen der Branche zu rechnen ist. Es sind das wirtschaftlich und sozial hoch zu bewertende Kreise, die aus kleinen Beschäftigten empfortreibend durch ihren Fleiß und durch ihre Ausdauer emporkommen und endlich an das Ziel einer gehobenen wirtschaftlichen Selbständigkeit gelangen.

Die Kommission des Reichstages hat angelehnt der vielen warnenden Stimmen, die sich bereits gegen die früheren Entwürfe erhoben haben, geglaubt, durch Einfügung des Instituts der Bauhöfenerämter eine Instanz zu schaffen, die eine Reihe von zu erwartenden Mißständen zu vermeiden imstande sei. Wir können diese Erwartung nicht teilen, wenn wir auch in den Bauhöfenerämtern als solchen eine Verbesserung insofern anerkennen wollen, als damit wenigstens die Möglichkeit geschaffen ist, daß die früher von der Ermittlung des Baufstellenwertes und der Eintragung des Bauvermerks zu erwartenden sehr empfindlichen Verzögerungen beboben werden. Von den am Baugeschäft interessierten Vertretungspersonen sind nur die Handwerkskammern zur Mitwirkung an der Zusammensetzung der Bauhöfenerämter berufen. Da die Lieferanten von Holz, Steinen usw. überwiegend Kaufleute sind, die die Vertretung in den Handelstämtern und in bedeutenden wirtschaftlichen Verbänden finden, ist die in einer Petition des Vereins Ostpreussischer Holzändler erhobene Forderung nicht unberechtigt, daß auch den Handelskammern und beteiligten wirtschaftlichen Verbänden eine Anteilnahme an der Zusammensetzung der Bauhöfenerämter zuteil kommen soll.

Österr. Preussischer Richtertag.

(Von unserm Berliner Bureau.)

(Kadbr. verb.) S. u. H. Berlin, 4. April.
Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von richterlichen Beamten, Staatsanwälten, Landgerichtsdirektoren,

Rand- und Amtsgerichtsräten aus der ganzen preussischen Monarchie trat heute im Beratungslokal der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses der erste Preussische Richtertag zusammen, der sich mit der Schaffung eines preussischen Richtervereins beschäftigt sollte. Besonntlich sind die Bestrebungen zur Organisation des deutschen Richtertages schon seit längerer Zeit im Gange. Sie haben ihren Ausgangspunkt in Süddeutschland genommen, wo sich bereits Richtervereinigungen für die Königreiche Bayern und Württemberg und für Baden gebildet haben. Auch in Elsaß-Lothringen sind vorbereitende Schritte im Gange. Der größte deutsche Bundesstaat stand bisher juristisch. Doch waren auch hier schon, besonders gefördert durch die in Weimar bestehende Richtervereinigung und den belandenen Oberlandesgerichtspräsidenten A. D. Hamm (Bonn)

Vorbereitungen zur Schaffung eines preussischen Richtervereins

in die Erziehung getreten. Bescheinigt wurden die Bestrebungen durch die zuerst auf der Tagesordnung stehende Revision der Strafprozedur, die auch die Richterfreileibhaftigkeitsfrage, da bei dieser Gelegenheit auf Abstellung von überlebten Bedürfnissen und Einrichtungen gedrungen werden soll. Der Vorsitzende des Berliner Richtervereins, Landgerichtsrat Rade, begrüßte die Teilnehmer namens der Berliner Kollegen und betonte besonders die Wichtigkeit der bevorstehenden Revision der Strafprozedur. Die Richter müßten mitarbeiten an einer befriedigenden Umgestaltung der Strafprozedur, damit sie nicht von einem Gelehrten überführt würden, das anzuwenden ihnen Schwierigkeiten bereiten könnte. Erzengel Hamm (Bonn) führte aus, daß die deutsche Richterfreiheit im allgemeinen die Dinge habe laufen lassen wie sie liefen, und daß sie viel zu wenig um das praktische Leben und seine Erschwerungen gekümmert hätte. Welsch sei es deshalb sogar an die Wand gedrückt worden. Die bisherigen Organisationen des deutschen Richtertages im deutschen Juristentag, der Kriminalistischen Vereinigung usw. seien um deswillen nicht ausreichend, weil auch in ihnen erst neuerdings die Richter etwas zu Worte gekommen seien. Bisher hätten die Rechtsanwälte vielfach die Führung gehabt.

In der

ersten geselligen Sitzung

führte zunächst wieder Landgerichtsrat Rade den Vorsitz. Auf seinen Vorschlag wurden dann Landgerichtspräsident Krim (Simmurg) zum ersten, Amtsgerichtsrat Dr. Jaström (Berlin) zum zweiten Vorsitzenden, der bekannte Jugendrichter Amtsgerichtsrat Fischer (Berlin) zum ersten und Landrichter Bog (Danzig) zum zweiten Schriftführer gewählt. — Landgerichtspräsident E. M. übernahm den Vorsitz mit folgenden Worten:

Wir sind geneigt in erster Stimmung, wenn wir an unser heutiges Unternehmense herantreten. Es ist ein ungewöhnlicher Schritt, den wir unternehmen, und mancher von uns wird nicht gern und nicht gerade mit besonderer Freude den Schritt mitmachen. Wir sind aber dazu gezwungen durch das jahrelange Singen des Ansehens des Richtertages nicht nur in Preußen, sondern überhaupt in Deutschland. Wir sind ferner dazu gezwungen durch viele Angriffe, zu denen sich heututage uns gegenüber jeder bereitwillig glaubt, auch wenn wir ihm die Fähigkeit und den Beruf, in richterlichen Dingen mitzusprechen, abstreiten müssen. Gegenüber diesen Angriffen, die oft zu jährlich sind, als daß irgend eine Justizverwaltung ihnen entgegenzutreten könnte, müßten wir uns zusammenschließen. Andererseits dürften wir auch gegenüber unseren süddeutschen Kollegen nicht zurückbleiben, die sich bereits zusammengeschlossen haben. Zwei Einwände macht man gegen unsere Bestrebungen: einmal, daß wir teilsigliche Gehaltsaufbesserungen anstreben. Dieser Vorwurf ist zurückzuweisen. Der preussische Richter ist gewöhnt mit wenigem auszukommen, und Hunderte unserer Kollegen, die in bestehenden kleineren Orten mit wenig Gehalt auskommen, sind jahrelang damit zufrieden gewesen und werden es auch weiter sein müssen und die Lohn ihrer Tätigkeit in eigener treuer Pflichterfüllung finden. Nicht materielle Gründe haben den Anstoß zum Zusammenschluß gegeben, höchstens insofern sie unabweisbar sind von den anderen Standesfragen. Dazu rechne ich auch den letzten Beschluß des Abgeordnetenhauses, der die mühsam erlangte Gleichstellung der Richter mit den Regierungsbeamten gerichtet hat. Wir werden uns nie von der Vornehmheit abdrängen lassen, die wir immer gewahrt haben und werden nicht in das lärmende Geschrei einstimmen, zu welchem uns das Beispiel mancher verleiten könnte. Wir werden wohl herabsteigen müssen in den Kampf der Meinungen und etwas weniger Zurückhaltung üben müssen. Die Vornehmheit der Gewinnung und unseres Tuns wird aber die alte bleiben. Es liegt uns auch fern, Opposition gegen unsere Justizverwaltung zu treiben. In dem Augenblick, wo ich annehmen müßte, daß der Verein eine solche Tendenz verfolgte, würde er mit und wohl auch Ihnen allein unmöglich sein, an seinen Bestrebungen mitzumachen. Jede oppositionelle Tendenz gegen unsere Justizverwaltung liegt uns fern, wir glauben vielmehr, daß wir ihr eine Stütze sein werden. Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoh.

Darauf führte der Vorsitzende der Berliner Richtervereinigung

Landgerichtsrat Rade

folgendes aus: Es ist nicht wahr, daß wir nur von wirtschaftlichen Interessen getrieben werden. Wir haben von vornherein betont, das ist nicht der Beweggrund für uns gewesen, sondern der, daß der Deutsche Juristentag

und die anderen juristischen Gesellschaften und Vereine für die Beratung der großen Gesetze, die jetzt dem Deutschen Reich gegeben werden sollen, nicht mehr ausreichen. Ein Gesetz ist der Niederschlag des Volkswillens, und deshalb haben wir die Gesetze nicht nur als Richter, sondern auch als Mitglieder des Volks zu beurteilen. Die wirtschaftlichen Bestrebungen sollen unserem Verein nie den Stempel aufdrücken. Seit der Neuordnung der Bestenungsverhältnisse haben sich aber die Zeiten geändert. Es muß so wie so dem Laik überlassen bleiben, wie wir unsere Bestrebungen durchführen wollen. Ebenso wie der Richter bei der Gesetzesauslegung nicht an den starren Buchstaben des Gesetzes gebunden ist, wird man es dem Richtervereine überlassen müssen, zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Zur Frage der Eintragung des Vereins in das Vereinsregister sind mancherlei Bedenken geltend gemacht worden. Viele erblicken darin einen großen Hemmnis und wollen mit den Gerichten nichts zu tun haben. (Heiterkeit.)

Die immer noch nicht allgemein verstandenen und gewürdigten Hinweise des Oberbürgermeisters Adlades auf die Stellung und Amtsführung des Richters in England haben den Richtern in verschiedenen anderen Staaten die Veranlassung zu der Kadbrünnen gegeben, ob und inwieweit ihre Stellung im Staat und im Volke derjenigen des englischen Richters entspricht. Hierbei sind viele allerdings nicht weit über die Vergleichung der Gehälter hinausgekommen. Eine erheblich größere Zahl hat indes eingesehen, daß unsere Stellung im Staat nicht derjenigen entspricht, die den Trägern der Rechtspflege gebührt und hat weiter eingesehen, daß die Urachen hierin in einem gewissen Mangel an Selbstbetätigung des eigenen Ich, in einem solchen Verhalten von der Mächtigkeit zu finden sind. Diese Einsicht hat die Richtervereinigungsbewegung ausgelöst.

Die Aufgaben des Preussischen Richtervereins

fiziert der Redner wie folgt:

1. Das Gefühl der Standeszuammenghörigkeit zu befestigen und ungetreue Angriffe gegen den Richterstand abzuwehren. 2. Die Rechtspflege zu fördern, insbesondere durch juristische Fortbildung der Richter und durch Erweiterung des Einflusses in die gesamten Lebensvorgänge des Volkes. 3. Das Verständnis für Gerichtsverfahren und Rechtslagen bei der Allgemeinheit zu heben und eine engere Fühlung zwischen Volk und Richtern zu erzielen. 4. An der gesetzgeberischen Umgestaltung des Rechts und des gerichtlichen Verfahrens durch Beratungen mitzuwirken.

Der Redner wendet sich dann gegen die Vorwürfe des Oberlandesgerichtspräsidenten Bierhaus (Breslau) in Karlsruhe, daß die Richter einen besonderen Verein gründen wollten und schloß mit einem Appell zur Einigkeit, damit dem Stande das ihm gebührende Ansehen verschafft werde. (Beifall.)

Landgerichtsrat Stak (Düsseldorf) erklärt, es sei notwendig, daß ein früherer Zug in die Entwicklung des Richterstandes hinein komme, damit man diesem nicht den Vorwurf der Weltfremdsheit machen könne. Niemand dürfe jedoch der Verein zu einer agitatorischen Tätigkeit herabsteigen. (Zustimmung.) Oberlandesgerichtsrat Dr. Wiedner (Tena) spricht sich gegen die Gründung eines Richtervereins aus. Man könne sich der berufsgesellschaftlichen Gliederung und der modernen Entwicklung überhaupt freundlich gegenüberstellen und doch der Meinung sein, daß die Gründung eines solchen Vereins nicht opportun sei. In der Gründung läge immer der Vorwurf nach der Justizverwaltung, daß diese ihren Aufgaben nicht nachkommen könne. Der Richterverein werde bald eine Frontstellung gegen die Justizverwaltung einnehmen, und da müsse man sagen, prinzipiell so ist! Ein beratiger Verein würde eine Stellung einnehmen, wie sie in paratierter Form die verpönte Rednerregierung darstellt. Die absolute Geschlossenheit des Beamtentums werde durch einen besonderen Richterverein durchbrochen werden. Es könnten schließlich zwei Klassen von Beamten entstehen, solche, die solidität mit den übrigen Beamten sich rühmen und solche, die den Bestrebungen des besonderen Richtervereins huldigen. — Abgeordneter Landgerichtsdirektor Boiss (Halberstadt) erklärte die Gründung eines Richtervereins für notwendig, schon um die Stellung des Justizministers zu rücken, der als Mitglied des Staatsministeriums sich den Entscheidungen dieses Kollegiums fügen müsse. Oberlandesgerichtspräsident A. D. Hamm (Bonn) beantragt, das Verlangen, wirtschaftliche Bestrebungen in das Statut nicht aufzunehmen, abzulehnen, und nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß es einige Anwohner gebe, die glauben, daß dem Justizminister vom Verein die Fenster eingeworfen werden sollten. Die Rechtsanwältinnen hätten es verstanden, durch eine kräftige Organisation und die Beherrschung der Presse die Richter fast ganz mundtot zu machen. Das sei besonders bedenklich im Hinblick auf die bevorstehende Strafprozedurreform. Es bestche die Gefahr, daß diese nur von Professoren gemacht werde. Nach weiterer Debatte werden die vorgeschlagenen Statuten mit unmerklichen Änderungen angenommen. In einer Resolution wurde der Vorstand ermächtigt, die Mitgliedschaft des Vereins zum Deutschen Richterbund zu erklären. In den Vorstand des Vereins wurden gewählt: Oberlandesgerichtspräsident A. D. Hamm (Bonn), Landgerichtspräsident Stak (Düsseldorf), Landgerichtsrat Rade (Berlin), Landgerichtsrat Turt (Dortmund), Amtsgerichtsrat Geh. Kulturrat Kuffsch (Köln), Landgerichtsdirektor Grimm (Wiesbaden), Landgerichtsdirektor Boiss (Halberstadt), Staatsanwaltschaftsrat Daniels (Bonn).

Darauf wurde die Verammlung mit den üblichen Dankreden geschlossen.

Die Ziele der Reichs- Versicherungsordnung.

Von wohlunterrichteter Seite werden dem „Tag“ über die Ziele der neuen Reichsversicherungsordnung einige Mitteilungen gemacht, die allgemeinen Interesse haben.

Zunächst will der Entwurf die Witwen- und Waisenversorgung einbringen. Bekanntlich sind durch das Zolltarifgesetz von 1902 für diesen Zweck gewisse Einnahmen aus dem Getreide- und Viehsteuern ausgenommen und angesammelt. Zunächst hat sich nun nach Mitteilungen des Reichsfinanzamtes ergeben, daß diese Einnahmen bisher hinter dem erwarteten Betrage soweit zurückgeblieben sind, daß darauf allein eine Hinterlassenenversicherung nicht gegründet werden kann; dies um so weniger, als der Jahresbetrag der Einnahme sehr starken Schwankungen unterworfen ist. Die Reichsversicherungsordnung macht den ersten Schritt, auf diesen neuen Zweig der Arbeiterversicherung auf Beträge der Arbeitgeber und Arbeiter sowie auf feste Reichszuflüsse zu stellen, wobei jeder dieser drei etwa ein Drittel zu tragen hat. Von dem jährlich erforderlichen Betrage von 71 Mill. Mark sollen auf das Reich 27 Mill., auf die Arbeitgeber 22 und auf die Arbeiter ebenfalls 22 Mill. fallen.

Von ebenso großer sozialpolitischer Bedeutung ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, auf die Dienstboten, auf die Handwerksbetrieblenden und auf die Gelegenheitsarbeiter.

Mit besonderer Genugtuung wird es weiter von den Freunden des Mittelstandes begrüßt werden, daß dieser wichtigen Volksguppe eine bequeme Gelegenheit eröffnet wird, durch Zusatzmarken im Werte von je 1 Marke eine beliebige Erhöhung der Invalidenrente zu erzielen.

Gleiche Wichtigkeit hat schließlich das organisatorische Ziel des Entwurfs. Alle die überaus zahlreichen, verschiedenen Verwaltungsstellen und Gerichte aller Art, die bisher neben den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt in Versicherungsangelegenheiten zuständig waren und die Wirksamkeit der Arbeiterversicherungsorgane überaus schwierig gestaltete, ersetzt die Reichsversicherungsordnung durch einheitliche Versicherungsbehörden mit Verwaltungs- und mit Entscheidungsbefugnissen. Diese Versicherungsbehörden sind paritätisch — unter beamteten Vorstehenden — aus Arbeitgebern und Versicherern zusammengesetzt und geben der Selbstverwaltung freien Spielraum zur Betätigung. Die Reichsversicherungsordnung schafft so einen einheitlichen Instandgang und verzichtet damit auf einen großen praktischen Vorzug. Die hierdurch gebildeten gemeinschaftlichen Vorstände der verschiedenen Versicherungszweige werden im wesentlichen die Klagen über das mangelhafte Ineinandergreifen der verschiedenen Versicherungseinrichtungen gegenstandslos machen.

Zur künftigen Versicherung der Privatbeamten.

Wie die „Täg. Abst.“ berichtet, wird über die Pensionsversicherung der Privatangestellten demnächst eine zweite Denkschrift der Reichsregierung erscheinen. Das Beitrittsalter soll auf 16—60 Jahre festgelegt werden. Von der Beschränkung der Versicherung auf Angestellte mit nicht mehr als 5000 Mark wird abgesehen, es sollen vielmehr aus versicherungsmathematischen Gründen sämtliche Angestellte der Versicherung unterworfen werden. Ebenso soll die Hinterbliebenen-Pension sämtlichen, nicht nur den bedürftigen und erwerbsbeschränkten Witwen zuteilen. Der Beitrag soll 8 v. H. des Einkommens betragen, darf jedoch bei den Gehältern bis zu 1800 Mark zusammen mit der Invalidenversicherung nicht 10 v. H. übersteigen.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

Auf die von Bürgermeister von Bremen Dr. Pauli in Vertretung des Präsidenten des Senats dem Kaiser gemachte Anfrage von dem Ableben des Generaldirektors Dr. Wiegand ist nachfolgende Antwort beim Senat eingetroffen: „Schmerzlich bewegt habe ich die Nachricht von dem Ableben des von mir so hochgeschätzten Generaldirektors Dr. Wiegand erhalten. Zu dem für die deutsche Schiffahrt überaus schmerzlichen Verluste dieses weitblickenden Genies spreche ich dem Senate der Stadt Bremen meine warmste Teilnahme aus. Der Schmerz meiner Vaterstadt wird vom gesamten Vaterlande geteilt. Wilhelm I. R.“

Kaiserbesuch in Venedig?

Der Kaiser wird, wie das „B. L.“ von „gut informierter Seite“ erfährt, am Ostermontag oder am darauffolgenden Tage Berlin verlassen und sich direkt nach Venedig begeben. Er wird dort den Fürsten Bülow treffen. Wie es heißt — diesen Teil der Nachricht geben wir jedoch nur unter Vorbehalt wieder — wird der König von Italien um dieselbe Zeit nach Venedig kommen, um den Kaiser zu begrüßen.

Sonnabend früh hat der Reichskanzler Fürst von Bülow eine kurze Erholungsfahrt nach Oberitalien angetreten. Freitag und Sonnabend fuhr Fürst von Bülow nach Besprechungen mit mehreren Votschäftlern, mit dem Staatssekretär des Reichs Freiherrn von Schoen und mit dem Leitern anderer Reichsämter. Bekanntlich haben sich inzwischen auch der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben nach Oberitalien, der Staatssekretär des Reichspostamtes Kraetzle nach Südtalien begeben.

Emission neuer Anleihen.

Nach der „Post. Ztg.“ ist die Emission einer neuen Reichsanleihe und preussischer Konjunktions Ende April oder Anfang Mai in Aussicht genommen. Das Reich wird etwa 300 Millionen, Preußen 500 Millionen Mark emittieren.

Zur Finanzreform.

In konservativen Kreisen rückt man von der intrinsigenten Haltung der Agrarier in Sachen der Nachsteuer immer angfährlicher ab. Die fächlichen Konventionen sind bereits umgefallen. Ihr Parteivorstand, das „Vaterland“, erklärt:

„Was es, was wir nicht wünschen, zur Gewißheit, daß sonst die ganze Finanzreform überhaupt nicht oder nur unter schwerer Beeinträchtigung der fächlichen Interessen zustande kommen kann, dann werden wir fächlichen Konventionen, wenn auch mit schwerem Herzen, unsere gewichtigen und ersten Bedenken vor der Part des Reiches und zur Wahrung der Selbstständigkeit unseres Sachlandes mit der Maßgabe zurückstellen, daß wir uns einem Ausbau der schon bestehenden Reichsfinanzsteuer unter gewissen Voraussetzungen nicht widersetzen.“

Was dem deutschen Volke not tut.

Dortmund, 5. April. Auf das vom Westfälischen Bismarckbund am Sonnabend gelegentlich der Bismarckfeier an den Reichstanzler gesandte Telegramm ging folgende Antwort ein: Für die guten Wünsche der zur Bismarckfeier versammelten Bürger Dortmunds danke ich verbindlich. Unser Ansehen in der Welt würde uns nicht erhalten können, ohne eine auf sozialer Grundlage erbaute Finanzwirtschaft. Diese Ueberzeugung beherzigt das ganze Volk. Darum wird es die dafür erforderlichen Opfer gern auf sich nehmen.

60 Milliarden unverteuert.

In der Aprilnummer der „Preussischen Jahrbücher“ hat Professor Delbrück wieder eine ganze Reihe Aufsätze veröffentlicht, aus denen hervorgeht, wie groß die Zahl der ländlichen Großgrundbesitzer ist, die sich in erheblichem Umfang ihrer Steuerpflicht zu entziehen wissen.

Professor Delbrück ist der Ansicht, daß infolge dieser Steuerhinterziehungen auf dem Lande 60 Milliarden des Gesamtvermögens unverteuert bleiben. Die „Berl. Volks-Ztg.“ macht den Vorschlag, eine Enquete und Untersuchungskommission einzusetzen, bestehend aus Vertretern des Reichstages, Verwaltungsbeamten und Mitgliedern der künftigen Steuerreformkommissionen. Diese Kommissionen sollten die Steuerentziehungen in denjenigen ländlichen Kreisen, die besonders niedrige Steuererträge zeigen, nachprüfen.

Tagung der Bankenquete-Kommission.

Aus Berlin meldet uns ein gelegentlicher Mitarbeiter:

Wie wir erfahren, wird der Reichstanzler die Bankenquete-Kommission, der bekanntlich auch eine Anzahl Mitglieder des Reichstages angehören, wieder zusammenberufen, sobald dies die Mühseligkeit auf die parlamentarischen Arbeiten gestattet. Es dürfte sich bei der Fortsetzung der Beratungen, die im Herbst vorigen Jahres vertagt worden, nachdem die Vernehmung der Sachverständigen durch die Kommission vollständig abgeschlossen war, um die gezielte Regelung des Depostitenwesens handeln. Die Bankenquete erstreckt sich auf die Frage, ob es im öffentlichen Interesse geboten ist, für die Sicherheit und Liquidität der Anlage von Depostiten und Spargeldern auf dem Wege der Gesetzgebung Sorge zu tragen. Hierbei wurde erwogen, ob es angemessen erscheint, daß diejenigen Kreditinstitute, welche sich mit der Annahme von Depostiten und Spargeldern befassen, innerhalb bestimmter Zeiträume ausfällige Bilanzen nach vorgeschriebenem Muster vorzulegen. Die Berliner Großbanken hatten mitgeteilt, daß sie freiwillig in zweimonatigen Zwischenräumen besartige Bilanzen vorzulegen werden. Da nun in den letzten Tagen zum erstenmal die Veröffentlichung des Status nach übereinstimmendem Muster erfolgt ist, kann man annehmen, daß der Anlaß zur Fortsetzung der Beratungen damit gegeben ist.

Der Nachfolger Holtes.

Von gewöhnlich aus unterrichteter Seite wird behauptet, daß der Nachfolger des Herrn Holte namentlich aus dem Kreis der Handelsminister Delbrück wird zum Kultusminister ernannt werden und Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Birkel. Graf Weremuth an Herrn Delbrücks Stelle treten.

Der Nachfolger des Grafen Hompeh.

Bei der Reichstagswahl, die am Sonnabend im Wahlkreis Waden (Düren-Jülich) stattfand, erhielt der Fürst zu Salm-Reifferscheidt (Jr.) 14 000, die Gegenkandidaten zusammen etwa 2500 Stimmen. Aus 30 Ortsteilen steht da Wahlergebnis zwar noch aus, doch gilt Fürst Salm-Reifferscheidt, der Zentrumskandidat, als gesichert. Den Wahlkreis Waden-Düren-Jülich vertrat bekanntlich der vor kurzem verstorbenen Senior der Zentrumsfraktion, Graf Hompeh; der Wahlkreis war von jeder ein Hochburg des Zentrums.

Die neue Tabaksteuer-Vorlage.

Wie der „Süddeutschen Tabakzeitung“ von derselben Seite aus Berlin gemeldet wird, hat die für die Tabaksteuer-Vorlage eingesehte Subkommission der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages beschlossen, das Reichsschaubamt zu ersuchen, einen Tabaksteuer-Entwurf auszuarbeiten, der sich in der Richtung des von den Abgeordneten Rommensen und Weber eingebrachten Antrages bewegt.

Ein neues Parzellierungsgesetz.

Das Parzellierungsgesetz für die Ostmarken, dessen Vorlage schon in der vorigen Landtagssession erwartet wurde, dürfte inzwischen nicht eingetragt werden, obwohl ein fertiger Entwurf bereits seit längerer Zeit vorliegt. Es hat dies seinen Grund darin, daß dieselben Erwägungen, die eine gezielte Regelung des Parzellierungswesens in den Anliebsprovinzen erwünscht erscheinen lassen, auch für andere Provinzen Bedeutung haben. Infolgedessen geht die Regierung mit dem Plane um, ein Parzellierungsgesetz für alle Provinzen gemeinsam einzubringen. Auch die ursprünglichen Vor-

arbeiten haben sich auf alle Provinzen erstreckt, so daß das einschlägige Material aus sämtlichen Regierungsbezirken vorliegt. Der Entwurf soll daher die Zerlegung von Landgütern in Parzellen auf obere Errichtung von Gebäuden allgemein von einer ausdrücklichen Genehmigung der Regierungspräsidenten abhängig machen, und zwar auch bei solchen Gütern, die Grundbuchlich bereits in einzelne Stellen geteilt sind, aber noch eine gemeinsame Bewirtschaftung haben.

Forderungen der deutschen Volkspartei in Bayern.

Eine stark besuchte Tagung des Landesauschusses der deutschen Volkspartei in Bayern führte in München zu einer Entschiedenheit, welche die Resolution des Ausschusses der deutschen Volkspartei am Sonnabend zur Reichsfinanzreform begründet. Weiter wurde gefordert, die Uebertragung der Demokraten zur schärfsten Opposition, Reformen in Heer und Marine und Förderung des Abriistungsgedankens.

Allgemeine Mitteilungen.

Das bayerische Kultusministerium hat die über die Gehaltsveränderung des liberalen Lehrers und Realschullehrer Verhandlung verhängte Sperre aufgehoben. Damit ist der Fall Wien erledigt.

Am 6. d. M. befehlt der Landtagsabgeordnete, königlich bair. Senatsrat Dr. F. J. Grunwald, den 70. Geburtstag in Hamburg auf ein Lohnkampfen der Damen schneiderberufe ausgedehnt, da die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeitnehmer auf mehrjährige Arbeitszeit und Lohnerböhung ablehnten. Am Sonnabend sind 500 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Arbeitgeber drohen mit einer allgemeinen Aussperrung.

Ausland.

Zur Balkankrise.

Im ganzen und großen ist ein Abflauen der Spannung in den letzten Tagen deutlich zu bemerken. Am 27. April wird das österreichisch-ungarische Abgeordnetenhaus wieder zusammengetreten und außer den innerpolitischen Vorlagen auch mehrere Regierungsvorlagen vorfinden, welche sich mit den neuen Verhältnissen am Balkan befassen, und zwar: die Annexionsvorlage, ferner das österreichisch-ungarische Protokoll, dann eine Vorlage, betreffend die Zahlung von 45 Millionen an die Türkei, und schließlich den Handelsvertrag mit Rumänien. Was die Entschädigung an die Türkei anbelangt, so wird das gemeinsame Finanzministerium von Österreich-Ungarn diese 45 Millionen an die Türkei bezahlen. Die Deckung der Zahlung wird hauptsächlich den Charakter eines von beiden Regierungen zu verteilenden Vorzinses betreffen. Die österreichische Quote wird etwas über 20 Millionen betragen. Die große Klauierung dieser Frage bleibt allerdings den Delegationen vorbehalten, die erst im Herbst zusammenzutreten sollen.

Auch die bulgarische Angelegenheit scheint — laut folgendem Telegramm — ihrer Erledigung entgegenzugehen:

Petersburg, 3. April. In diplomatischen Kreisen verläutet, die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens durch die Türkei stehe unmittelbar bevor und werde in feierlicher Form erfolgen. Die türkische Regierung werde König Ferdinand beglückwünschen.

Nicht ganz so günstig sieht es in Montenegro aus. Wie aus der nachstehenden Meldung hervorgeht, dürften hier noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein:

Wien, 3. April. Die „N. fr. Pr.“ erfährt aus hiesigen diplomatischen Kreisen, daß die Vermittlung der italienischen Regierung in Cetinje noch nicht die Schwierigkeiten überwinden konnte, die sich dem Einlenken der montenegrinischen Politik in friedliche, normale Bahnen entgegenstellten. In der schließlichen Ueberzeugung der noch beim Fürsten Nikita bestehenden Widerstände wird jedoch mehr in Rom noch in Wien gewisheit. Von unterrichteter italienischer Seite wird hierzu mitgeteilt: Fürst Nikita muß in seiner Politik die Unpopulabilität in montenegrinischen Volks beherzigen; als kluger Realpolitiker wird er aber schließlich den richtigen Mittelweg zu finden verstehen.

Erhebliche Unruhen sind wieder an der serbisch-albanesischen Grenze ausgebrochen. Eine Drahtmeldung besagt: Saloniki, 5. April. Aus Prizipile im Sandjak Novibazar werden von Albanen Angriffe auf Serben ungebracht. Eine Frau mit zwei Söhnen wurde von Albanen umgebracht. Die Serben bitten die Regierung um Schutz und begehnen die Lage als äußerst ernst.

Studienaufenthalt des serbischen Kronprinzen in Deutschland?

Nachdem man in Serbien mit dem bisherigen Thronfolger Georg wenig angenehme Erfahrungen gemacht hat, scheint man geneigt zu sein, die Ausbildung des Kronprinzen Alexander fortzuführen vorzunehmen. Wie das folgende Telegramm berichtet, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kronprinz zu Studienzwecken sich nach Deutschland begibt:

Belgrad, 4. April. Ein fremder Diplomat, d. der dieser Tage Gelegenheit hatte, den König Peter zu sehen, erklärte auf das allerbestimmteste, daß dieser nicht absehen werde. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfe, so ist dies wohl der Umstand, daß der junge Thronfolger nach dem Osterfest zu seiner Ausbildung ins Ausland gehe. Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, von der ministeriellen „Stampa“ indirekt bestätigt wird, handelt es sich um die Entsendung des Kronprinzen Alexander nach Deutschland, und zwar wahrscheinlich nach Berlin. Vorläufig wird diese Angelegenheit zwischen dem König, dem Finanzminister und dem Präsidenten der Stupatina beraten.

Ein schwedisch-normwegischer Odenkrieg.

Vor kurzem berichtigten normwegische Blätter, die schwedische Regierung hätte einem schwedischen Beamten verbieten, den ihm von der normwegischen Regierung zugebachten St. Olavsorden anzunehmen. Infolgedessen hätte ein hochstehender normwegischer Offizier seine schwedischen Orden mit der Begründung zurückgelassen, daß auch Norweger

Sanatorium von Zimmermann'sche Stiftung, Chemnitz.
 Diät: milde, Wassercur, elektrische und Sauerstoffbehandlung, feinfache Beeinflussung, Sauerstoffinhalation, Nüchternbehandlung, d'Arsonvalisation, heilbare Winterluftkuren, behagliche Zimmererfrischung, Behandlung aller heilbarer Krankheiten, ausgenommen ansteckende und Geschlechts- 3651
 Nüchternkur, Brotpflege frei. — Chefarzt Dr. Loebell.

Alumnat der berechtigigten Realschule Blankenburg-Harz

nimmt jederzeit neue Zöglinge auf. Persönliche Leitung des Direktors Berechtigung zum einj. Dienst. Prosp. durch d. Dir. Rhotort.

Bad- u. Kuranstalt Walsburg b. Ziegenrück
 Anwesen, inmitten herrl. Wäldungen geleg. Altm. Kurort m. Brunnen. Anstalt l. alle Arten der natürl. Heilm. Elektr. Chloridmethode, u. osment Wasserbeiwert, einm. kohlens. Cherm. Stahl, Moor, Sool, etc. Bäder, Massage, Heilmassagen, Puls- u. Rückenbäd. i. d. freien Saale sind verb. m. d. umfangr. Lichte- u. Sportbad. Festsitzhaus mit 70 komf. Zimmern elektr. Beleuchtung, Zentralheiz. Walsburg b. Ziegenrück in Thüringen

BUCHDRUCKEREI OTTO HENDEL

Fernsprecher 1193 HALLE a. S. Gr. Brauhausstr. 17
 empfiehlt sich zur Herstellung aller graphischen Arbeiten für geschäftlichen und privaten Gebrauch von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung unter Zusicherung prompter und billigster Bedienung.

Nur noch kurze Zeit
 dauert der **Konkurswaren-Ausverkauf** der aus der Erich Alt'schen Konkursmasse, Halle a. S., Schmeerstr. 5, herüberbrachten nur **erstklassigen Möbel** und anderen Waren in kompletten Salons, Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern, Küden, Wärfen, Bücherregale, Schreibtische, Kleintische und Luxusmöbel. Sämtliche Möbel werden jetzt um schnellstens damit zu räumen, zu Taxpreisen verkauft.
 Besichtigung vorm. von 9 u. nachm. von 3-7 Uhr.
 NB. 1 hochelegante Architektur (4 m breit) ist dabei zu verkaufen.

Fabrikanten, Erfinder und Exporteure in irgend welcher Branche, die in Amerika noch nicht vertreten, und die ihre Erzeugnisse schnell und erfolgreich in den Vereinigten Staaten eingeführt zu haben wünschen, wollen sich gefälligst mit den Unterzeichneten in Verbindung setzen. Amerika mit seinem unermesslichen Reichtum bietet ein vielfältiges Operationsfeld für irgend einen Artikel, und wir sind in der Lage, infolge unserer ausgebreiteten Bekanntschaft irgend ein Produkt auf Kommission in Amerika einzuführen.
Wm. Newman & Co., Importing-Agents,
 351 West 42 - d Street, Department F. New York U. S. A.
 Irgend welche Anfragen finden kostenfreie prompte Erledigung.

MIGNON-SCHOKOLADE
 p. Pfund 150, 150, 200 u. 240 Pfg. p. Tafel 20, 30, 40, 50 u. 60 Pfg.
 Alleine Fabrikanten **David Söhne A-G.** Verkauftstellen durch Plakate kenntlich. Anerkant vorzügliche Qualitäten.
 Halle a. S.

HEINRICH LANZ, Mannheim.
 Patent-Heissdampf-Lokomobilen mit Ventilsteuerung System „Lentz“ sind anerkannt die einfachsten und wirtschaftlichsten Lokomobilen der Gegenwart.
 Filiale: BERLIN NW7, Unter den Linden 57-58.

Paul Theuring, Kohlenhandlung
 — Fischerplan 5 (an der Herrenstrasse). —

Sommerpreise:
 ab Lager per Zentner 57 Pf. frei Haus „ „ 63 „
 Ich bin stets in der Lage, jeden Posten vom Lager sowie frei Haus liefern zu können. Handwagen stehen zur Verfügung. 6030

Hotel Klostermühle
 Alexinbad i. Harz. Schöne Lage im herrl. Seitental. Pension 4-5 Mk. Hohe luftige Zimmer und gute Verpflegung. Anfragen werden sofort beantw.

Bad Lauterberg
 I. Harz. **Hotel Langrehr**
 I. Rang. Bes. L. Langrehr.
 190) Gastgebende danebenst. Korsetts von 1.00-8.00 Mk. empfiehl. H. Schöne Nachtl., Gr. Eisenstr. 84.

Reins Durchschreibepapier
 Reins Durchschreibepapier. Bücher. Eduard Rein, Chemnitz. Reins Farbpapier.

Pianos
 Weissbrod Eisenberg Sächs. Hoflieferant. Alleinverkauf H. Lüders, Mittelstr. 9-10.

Familie distinguée
 habitant Montreux, recevoit en pension 1-2 jeunes filles désirant apprendre le français. Occasion de fréquenter l'école supérieure de l'endroit. Soins et vie de famille. Résidence chez M. de La Gravinghoff, Schulstr. 10 et chez Madame Leopold, Reichardtstr. 9, Halle.

Reiferer Donnerstag-Regelklub
 Kaufleute sucht passende Mitglieder im Alter von nicht unter 30 Jahr. Gr. Meetings um 8. u. 10. 4755 an Kud. Mosse, Halle a. S.

Fr. v. St.
 S. IV. 09. 7 Uhr. I. A. T.

Kantmann-Turnverein Halle a. S.
 Gegründet 1875. **Vereinslokal „Marsla Tour“**
 Große Tischspiele. Turnen der Männer-Abteilung Mittwochs und Sonnabends in d. Schulturnhalle Dreuhauptstr. Leiter: Turnwart Klitz.
 Die Turnstunden beginnen abends 8^{1/2} Uhr und sind junge Kaufleute etc. die Lust und Liebe zum Turnen haben, stets willkommen.
 Die Damen-Abteilung turnt Donnerstags abends von 8^{1/2} Uhr ab in der Schulturnhalle Leffingsstraße. Leiterin: Turnleiterin C. e. H.

Volks-Kaffee-Hallen
 des Vereins für Volkswohl:
 I. Admistr. I. Eing. Ruzze Gasse.
 II. Alte Wronenade (Heißenbad).
 III. Witzgänger.
 IV. Salmgassestr. 2. Gutg. Markt, Boltschische.
 V. Vor dem Seintor (Waldgasse).
 Alle fünf sind geöffnet von früh 1/8 Uhr an.
 Es wird verabreicht:
 Kaffee Rafao
 Dillig
 Heißbrau
 Eiterwasser
 Limonade
 zu 5 Pfg.

in IV. auch Suppe zu 10 Pfg. u. Warttag (Dienstag, Sonnabend und Sonnabend) abends von 6 Uhr an Kartoffeln und Öring zu 15 Pfg.
 Karten zu 5 Pfg., welche sich besonders zu Gezeiten an Bedürftige eignen u. in den 5 Hallen verwendet werden können, sind in den 5 Hallen, sowie bei Herrn Kaufm. W. W. Borch, Weinbergstr. 90, Nähe des Seint. Turmes, Herrn Kaufm. Dills, Seifstr. 65, und Herrn Wobius, Ritterstr. 8, zu haben.

Marktkirche.
 Dienstag, den 6. April, abends 8 Uhr.

Passions-Konzert
 des verstärkten Stadtsingechors.
 Leitung: Chordirektor Karl Klauer.
 Orgel: Hans Fährmann, Organist zu St. Johannis in Dresden.
 A capella-Chöre von Anerio, Eocard, Bach, v. Herzogenberg, Bruckner, Draeske u. Schreck. Orgelstücke von Frescobaldi, Bach u. Fährmann.
 Karten zu volkstümlichen Preisen a Mk. 1.50, 1.00, 65 u. 30 Pfg. in der Hofmusikalienhandlung v. Heinrich Hothan, am Konzerttage auch bei F. C. Wissell, Markt-platz 11. 6818

Wintergarten.
 (Großer Spiegel-Saal.)
 450 Personen 450

haben gestern Tränen gelacht über das urkomische Programm.
Cabaret - Varieté - Burleske.
Norbert Stein
 Deutschlands bester Schnell-Vort., sowie das grandiose Programm.
 Populäre Preise.
 Anfang der Vorstellung präzise 8^{1/2} Uhr.
 Morgens, sowie täglich die beliebtesten **Künstler-Abende.**
 NB. Inhaber von Bausparrent-Karten zahlen auf allen Abgängen halbe Preise.

Osterferienreise - Pfingstferienreise.
 Als Ziel Sibirien im Harz empfiehlt sich

„Grand Hotel Kurhaus und Fürstenhöh“.

Fortbildungsschule u. Lehrlingsheim
 des Kaufmännischen Vereins (E. V.) zu Halle a. S. (Schullokale: Gr. Brauhausstrasse 15).
I. Fortbildungsschule: Schuljahr 1909.

Anmeldungen erbiten wir umgehend. Anmeldeformulare und näheres Ansehen durch das Sekretariat (Gr. Brauhausstr. 15, I.) während der Geschäftsstunden (täglich 8-6 Uhr nachmittags).
 Aufnahmeberechtigt sind alle Lehrlinge und Söhne von Mitgliedern und solche Lehrlinge von Nichtmitgliedern, welche bis zum 30. Juni das 17. Lebensjahr vollenden.

Unterrichtsfächer:
 A. Obligatorische (Vor-, Unter-, Mittel- und Oberstufe, 2-5 Uhr nachmittags): Deutsch, Schönschreiben, Rechnen, Handelslehre, Handelsgeographie, Kontorarbeiten und einfache Buchführung doppelte Buchführung, Wechselpraxis.
 B. Wahlfächer (Abendkurse, von 7 bzw. 8 Uhr ab): Schönschreiben, Stenographie, System Stolze-Schreyer und Gabelberger, 2 Abteilungen unter Berücksichtigung der Debatte, Französisch und Englisch (je 3 Abteilungen).
 Der Besuch der Wahlfächer steht auch Nichtmitgliedern offen gegen Erlegung der üblichen Gebühr (pro Stunde und Jahr 5 Mk., höchstens 30 Mk.).
 Aufnahme: Mittwoch den 14. April, abends 8 Uhr, im Saale der Börsenhausgesellschaft (Neue Promenade 2). Schulzeugnisse sind vorzulegen.

Anfang des Unterrichts:
 Donnerstag, den 15. April, nachmittags 2 Uhr: Prüfung der Neueinsteigenden. (Schreibmaterial mitbringen).
 den 16. April, nachmittags 4 Uhr: Vor- und Unterstufe.
 Freitag, den 16. April, nachm. 2 Uhr: Mittelstufe. Oberstufe.
 Montag, den 19. April, abends 8 Uhr: Beginn der Wahlkurse.

II. Lehrlingsheim:
 Für Lehrlinge aller Kaufleute an Sonn- und Festtagen von 3 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Aufnahme allseitig im Heim (Gr. Brauhausstr. 15, II.) Der Vorstand.
+ Zucker-Krankheit +
 (Diabetes mellitus) und ihre Heilung durch die Jamb.-Lin.-Sur. Wissenschaft. aufklar. Schrift gratis durch Chem. Laborat. W. W. Lehmann, Berlin 200 W. 80, Blasenstr. 10. 6098

Neues Theater
 E. M. Maesther
 Dienstag, den 6. April 1909.

Mandragola.
 (Für junge Mädchen nicht zu empfehlen.)
 Nächster Familien-Abend: Donnerstag, (30, 60, 90 Pfg.)
 Die Tür ins Freie.

Stadt-Theater.
 Direction: Hofrat W. Richards.
 Dienstag, den 6. April 1909.
 194. Vorh. im Abon. 2. Viertel.
 Neues Schauspiel Nub. Christian's.
 Einmaliges Schauspiel Charlotte Wazem vom Neuen Schauspielhaus in Berlin.

Woh dem, der lügt!
 Lustspiel in 5 Akten v. Grillparzer
 Spielleitung: Oberregisseur Karl Schölling.

Personen:
 Gregor, Bischof v. Chalon
 Chalon, f. Hefke
 Sean, Küden
 junge Rattmab, Graf im Rheingau
 Fortin, f. Zocher
 Galomir, ihr Bräutigam
 Der Schaffer Rattmab's
 1. Anführer
 Ein Fährmann
 1. Krieger
 2. Krieger
 Fischernecht
 Nach dem 3. Akte längere Pause.
 Aufm. 7^{1/2} Uhr.
 Ende 10^{1/4} Uhr.

Mittwoch, den 7. April
 Sonder-Vorstellung d. vollständig aufgehobenen Abonnement.

Wesels für Karl und Adele Stahlberg.
Leichte Kavallerie.
 Operette in 2 Abteilungen von Fr. v. Suppe.

Im Reich der Künste.
 Ausstattungsballett in 1 Akt von H. Richards u. H. Stahlberg-Wiesl.
 Nach Schluß der Vorstellung Erfrischungen mit kleinem Imbiss im „Weinhaus Broschowski.“

Auswärtige Theater.

Altenburg.
 Stadttheater: Geschlossen bis 10. April.

Dessau.
 Stadttheater: Dienstag, den 6. April: Joseph in Ägypten.

Erfurt.
 Stadttheater: Dienstag, den 6. April: Margarethe.

Gotha.
 Stadttheater: Dienstag, den 6. April: Götz von Berlichingen.

Halberstadt.
 Stadttheater: Dienstag, den 6. April: Charleys Zante.

Leipzig.
 Neues Theater: Dienstag, d. 6. April: Die Boheme.
 Altes Theater: Dienstag, d. 6. April: Die Dolmetscherin.

Magdeburg.
 Stadttheater: Dienstag, den 6. April: Fra Diavolo.

Weimar.
 Stadttheater: Geschlossen bis 10. April.

Apollo-Theater.

Direction: Gustav Voller.
 Hamburger Metropol-Theater.
 Gute, Montag, d. 5. April, abends 8 Uhr.
 Zum 5. Male: mit blühender Ausstattung und Dekorationen u. Kostümen!
Der Prinzgemahl.
 Lustspiel in 3 Akten v. Santos und Canuel.
 Tenora. Fr. Eiso Jansen a. G. v. Schauspielhaus in Düsseldorf.
 Er-Gänger von Ingra. Fr. A. Callenbach v. Carl Schüssler-Theater in Hamburg.
 Musikdirektor: Stürmiger Jacheryer.